

Internationale Freigeistige Rundschau 4/2022

Europa

Deutschland

(5675) **Mannheim.** Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg (VGH) hat entschieden, dass das Land Baden-Württemberg eine Privatschule auch dann anerkennen muss, wenn sie keinen katholischen oder evangelischen Religionsunterricht (RU) anbietet. Die Mannheimer Richter gaben damit einem Ulmer Schulträger statt, der mehrere Privatschulen aufgebaut hat. 2019 wurde eine von ihm getragene Gymnasiale Oberstufe staatlich anerkannt. Im staatlichen Bescheid hieß es aber, die Schule müsse mittelfristig auch RU anbieten. Gegen diese Auflage wehrte sich die Schule und scheiterte zunächst vor dem Verwaltungsgericht Sigmaringen. Der VGH gab der Klage nun statt, die Schule behält damit ihre staatliche Anerkennung auch ohne RU. (*Die Zeit*, 24.6.22; *SWR*, 24.6.22)
Anm. *MIZ*-Red.: Nach Art. 7 Abs. 3 des Grundgesetzes muss sich eine Schule nur formal als "bekenntnisfrei" definieren um auf den RU verzichten zu können. Das gleiche Recht steht im Prinzip auch jedem Bundesland zu. Es könnte z.B. den RU als Wahlfach zulassen und gleichzeitig einen säkularen Ethikunterricht auf der Basis der 19 Grundrechtsartikel des Grundgesetzes und der Menschenrechtskonvention des Europarats zum Pflichtfach machen.

(5676) **Herrnhut.** Der sächsische 5000-Einwohner-Ort, Sitz der 300 Jahre alten evangelikalen "Herrnhuter Brüdergemeine", ist eine AfD-Hochburg, die dort bei der letzten Bundestagswahl mit rund 35 Prozent die weitaus stärkste Partei war - bei einer Wahlbeteiligung von 75 Prozent. Selbst die Kirchenleitung räumt ein, dass die Evangelikalen daran einen erheblichen Anteil haben. (*Heinrichsblatt*, Kirchenzeitung der Erzdiözese Bamberg, 12.6.22)

(5677) **Köln.** Erstmals hat nun in Deutschland ein Missbrauchs betroffener ein Schmerzensgeld eingeklagt. Der Kläger, langjähriger Pastoralreferent im Erzbistum Köln, verlangt vom Erzbistum Köln 725.000 Euro wegen offensichtlicher Pflichtverletzungen. Er wurde als Messdiener in den 1970er-Jahren mehrere hundert Male von einem mittlerweile verstorbenen Priester sexuell missbraucht. Laut dem Aufarbeitungsgutachten, das die Kanzlei Gercke Wollschläger im Auftrag des Erzbistums Köln erstellte, wurden der Erzdiözese erstmals 1980 Vorwürfe gegen den Priester bekannt, die dieser einräumte. Nach einer Therapie arbeitete er ab Dezember 1982 wieder als Pfarrer. Trotz wiederholter Anschuldigungen durfte der Mann erst ab 2014 keine priesterlichen Aufgaben mehr ausüben und Kindereinrichtungen des Erzbistums nicht mehr betreten.
Die Missbrauchsbeauftragte der Bundesregierung, Kerstin Claus, begrüßte den Schritt. „Natürlich dient es dazu, eine Rechtsklarheit zu haben: Gibt es einen Anspruch wegen Amtspflichtverletzungen?“, sagte sie. Die Betroffenenorganisation Eckiger Tisch sprach von einer möglichen Wendemarke. Demnächst könne es „eine Welle von Verfahren gegen Bistümer und Ordensgemeinschaften“ geben, sagte Sprecher Matthias Katsch. Entscheidend werde jedoch sein, ob sich die Politik für Wiedergutmachungen einsetze. (*KNA*, 6.8.22)

(5678) **München.** Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (VGH) räumte in seinem Urteil zu Kreuzen, die im Eingangsbereich staatlicher Gebäude hängen, einen Verstoß gegen das staatliche Neutralitätsgebot ein. Auch seien die Kreuze eindeutig

religiöse Symbole. Allerdings hängten sie an unauffälliger Stelle "ohne missionierende und indoktrinierende Wirkung". Daher sieht der VGH letztlich keinen Verstoß gegen die Glaubensfreiheit. Um diese Ausrede zu formulieren, brauchte der VGH volle zwei Monate. (*Augsburger Allgemeine*, 5.9.22)

Anm. *MIZ*-Red.: Die Begründung könnte widersprüchlicher nicht sein. Zunächst bestätigt der VGH zu mehr als drei Vierteln die Auffassung der Kläger, um dann doch noch mittels eines sehr subjektiven Werturteils eine rein sachlich nicht nachvollziehbare Kehrtwende zu vollführen. Das Urteil schreit förmlich nach einer Prüfung durch das Bundesverfassungsgericht.

(5679) **Hannover/Würzburg.** Das Verhältnis der CDU zur katholischen Kirche führt immer wieder zu internen Diskussionen. Die ehemalige Kulturstatsministerin Grütters sieht die einst enge Verbindung ihrer Partei zum *Zentralkomitee der deutschen Katholiken* "in Auflösung". Auch ein Antrag aus Thüringen zur Gründung eines katholischen Arbeitskreises in der CDU analog dem seit 1952 bestehenden evangelischen Arbeitskreis ist ein Indiz für die wachsende Kirchendistanz der CDU-Mitglieder. Denn früher war die CDU selbst so katholisch, dass ein Arbeitskreis überflüssig war.

Der CDU-Vorsitzende Merz unterstrich beim jüngsten Parteitag zwar die Bedeutung des C im Parteinamen; eine Namensänderung werde es unter seinem Vorsitz nicht geben. Sollte allerdings die Akzeptanz des Christlichen in der Bevölkerung weiter nachlassen, wird die CDU darüber neu nachdenken. (*Heinrichsblatt*, 28.8.22; *KNA*, 10.9.22)

(5680) **Frankfurt.** Auf der vierten Synodalversammlung wollte die katholische Kirche eigentlich Reformen voranbringen. Doch schon der erste grundlegende Text, der die kirchliche Sexualmoral betraf, ist am Veto der Bischöfe gescheitert.

Zwar stieß der Text, der eine Liberalisierung der katholischen Sexualmoral anstrebte, in der allgemeinen Abstimmung auf 82 Prozent Zustimmung, verfehlte aber die nötige Zweidrittelmehrheit der Bischöfe: Nur 33 stimmten für den Text, bei 21 Gegenstimmen und zwei Enthaltungen. Den ablehnenden Bischöfen wurde vor allem angekreidet, dass sie ihre Haltung in der Aussprache nicht offengelegt hatten. Selbst der Vorsitzende der Bischofskonferenz sprach von einer "riesigen Enttäuschung" und räumte ein, diese Mehrheitsverhältnisse der Bischöfe seien in der Debatte nicht erkennbar gewesen. Die Entscheidung führte zu einer Vertrauenskrise unter den Delegierten (allesamt katholisch Engagierte), einige reisten ab, andere stellten in der anschließenden Krisenaussprache die Frage, was sie in einer solchen Kirche eigentlich noch erwarten sollten. Die *Süddeutsche Zeitung* kommentierte: "Diese Kirche hat sich über Jahrzehnte auch als Vereinigung organisierter Sexualkriminalität erwiesen. Und nun verhindern Bischöfe einen Text, in dem Schuld festgestellt sowie beklagt wird, dass die Kirche durch eine Fixierung der Sexualität auf die Ehe 'Menschen ausgegrenzt, tief verletzt und in ihrer Menschwerdung behindert' hat. Was gibt es an dem Satz abzulehnen?" (*Tagesschau*, 8.9.22; *Süddeutsche Zeitung*, 10.9.22)

(5681) **Regensburg.** Die bayerische Landtags-FDP beschloss auf ihrer Klausur ein Positionspapier, das die Aufhebung des Konkordats und der bayerischen Staatsleistungen an die Kirchen sowie die Abschaffung des 2018 eingeführten Kreuz-Erlasses vorsieht. Auch die Gleichstellung mit anderen Weltanschauungen ist Ziel der "Freiheitsthesen zu Rechtsstaat und Religion. Als Beleg für die Notwendigkeit des Projekts sieht die FDP den drastischen Rückgang von Anhängern beider großer christlicher Konfessionen. (*Augsburger Allgemeine*, 23.9.22; siehe auch die Analyse in dieser *MIZ*-Ausgabe)

(5682) **München.** Das Diakonische Werk München, mit 5000 (fast gänzlich aus öffentlichen Mitteln bezahlten) Angestellten einer der großen Sozialverbände der Region, taumelt von einem Skandal in den nächsten. Bereits im Herbst 2021 hatte sich eine Mitarbeiterin über sexuelle "Grenzüberschreitungen" des Chefs beschwert. Nachdem zunächst nichts geschah, kündigte sie zum Jahresende. Aufgrund anhaltender Beschwerden musste sich dann doch der Aufsichtsrat mit dem Fall befassen. Der informierte Landesbischof Bedford-Strohm lehnte ein Eingreifen ab und empfahl die Einschaltung einer unabhängigen Kanzlei oder des Staatsanwalts, was allerdings die Klärung erheblich verzögerte. Nach einem Bericht des Bayerischen Rundfunks distanzierte sich der Diakonie-Landesverband überraschend deutlich von den Münchnern, die schließlich genau ein Jahr nach dem "Fehlverhalten" ihren Chef entließen. Zu diesem Zeitpunkt stand aber auch der Aufsichtsrat wegen Vertuschungs- und Verzögerungsvorwürfen in der Kritik. Als dann auch der Aufsichtsratsvorsitzende ging, platzte die nächste Bombe: Eben dieser zurückgetretene Aufsichtsratsvorsitzende der Diakonie München und Oberbayern, Andreas Bornmüller, ist einer von zwei Angeklagten im Cum-Ex-Prozess, der seit 2021 vor dem Landgericht Wiesbaden verhandelt wird! Die Staatsanwaltschaft wirft ihm vor, zusammen mit drei weiteren Personen in den Jahren 2006 bis 2008 den Fiskus um rund 113 Millionen Euro betrogen zu haben. Nachdem diese Cum-Ex-Praxis 2007 vom Gesetzgeber unterbunden wurde, hatten die Angeklagten als Führungskräfte einer deutschen Großbank trotzdem weitergemacht - mit Schlupflöchern und gezielter Vertuschung. Die Anklage war der Diakonie und offensichtlich auch der evangelischen Landeskirche seit 2019 bekannt, trotzdem wurde die Zusammenarbeit fortgesetzt. Inzwischen kam auch noch heraus, dass die Diakonie München Geschäftsbeziehungen genau mit der Bank hatte, bei der der ehemalige Aufsichtsratsvorsitzende in leitender Funktion tätig war. So hatte die Diakonie bereits im März 2010 dort laut *Evangelischem Pressedienst* ein Wertpapierdepot eingerichtet. (*Bayerischer Rundfunk* 21. u. 30.9.22; *Süddeutsche Zeitung*, 6.10.22)

(5683) **Schwerin.** Anlässlich des 25. Jahrestags des Konkordats zwischen dem Vatikan und dem Land Mecklenburg-Vorpommern wurde bekannt, dass die 1997 vereinbarten Staatsleistungen an die katholische Kirche von damals umgerechnet rund 380.000 auf aktuell 710.000 Euro pro Jahr gestiegen sind, während die Katholikenzahl von 75.000 auf 54.000 sank. Warum überhaupt Zahlungen erfolgen, bleibt in der Sache bis heute unklar, weil es keine Enteignungen der Kirche gab. Allerdings hatte die damalige Staatsregierung die Fortgeltung des Preußenkonkordats von 1929 und des Reichskonkordats von 1933 - anders als Sachsen und Thüringen - von Anfang an nicht in Frage gestellt. (*KNA/Heinrichsblatt*, 2.10.22)

Anm. *MIZ*-Red.: Überhaupt sind die umstrittenen "Konkordatsleistungen" weit umstrittener als in der Öffentlichkeit bekannt. Offiziell werden sie im Wesentlichen begründet mit den Enteignungen von Kirchenbesitz durch den Reichsdeputationshauptschluss von 1803. Tatsächlich gab es solche Enteignungen in Nord- und Ostdeutschland kaum - anders als im Süden und im Rheinland. Überdies entfällt der Löwenanteil dieser aktuell 589 Millionen Euro auf die evangelische Kirche (vgl. Meldung 5612 in *MIZ* 2/22), die ihre "Gebiets- und Vermögensverluste während der Reformation" aber nicht beim Staat, sondern bei der konkurrierenden katholischen Kirche einklagen müsste.

(5684) **Köln.** Eine Sprecherin der Stadt Köln bestätigte auf Anfrage, dass die Türkisch Islamische Union *Ditib* an der Kölner Zentralmoschee grundsätzlich ab

sofort den Muezzin per Lautsprecher zum Gebet rufen lassen darf. Formale Voraussetzung sei nur noch ein öffentlich-rechtlicher Vertrag zwischen Stadt und *Ditib*. Erlaubt wären die Muezzinrufe dann immer freitags in der Zeit zwischen 12.00 und 15.00 Uhr für fünf Minuten. Für die Lautstärke gibt es eine Höchstgrenze, die künftig je nach Lage der betroffenen Moschee festgelegt wird. Es handelt sich allerdings um ein Modellprojekt, das zunächst auf zwei Jahre befristet ist. Die Erlaubnis ist umstritten. Oberbürgermeisterin Henriette Reker (parteilos) steht dahinter, ebenso einige Vertreter der katholischen Kirche. Der Hinweis auf das Grundrecht auf freie Religionsausübung wird von Kritikern allerdings zurückgewiesen, weil Andersdenkende dadurch nicht gestört oder beeinflusst werden dürften. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Wüst (CDU) äußerte Kritik, weil er um den gesellschaftlichen Frieden fürchtet, wenn viele Moscheegemeinden entsprechende Anträge stellten. (*Rheinische Post*, 2.10.22; *KNA*, 4.10.22)

(5685) **Würzburg**. An die brutale Zeit der Hexenverfolgung soll in der einst fürstbischöflichen Stadt Würzburg künftig ein Denkmal erinnern. In der Mainstadt starben zwischen 1450 und 1750 mehr als 350 Menschen, in ganz Franken mindestens 3000, wie das Presseamt der Stadt mitteilte. Zum letzten vollstreckten Todesurteil kam es in Würzburg 1749. (*Süddeutsche Zeitung*, 5.10.22)

Anm. *MIZ*-Red.: In der ansonsten verdienstvollen Dokumentation fehlt allerdings - wie üblich - der finanzielle Aspekt. Völlig übersehen wird, dass gerade wohlhabende männliche Angeklagte sich freikaufen konnten, wenn sie der Kirche einen erklecklichen Teil ihres Vermögens (vorzugsweise Grund und Immobilien) überließen. In der Diskussion um Entschädigungsleistungen für Kirchenenteignungen zur Reformationszeit oder zu Beginn des 19. Jahrhunderts - siehe auch die vorangehende Meldung - fällt dies ebenso unter den Tisch wie die rechtswidrige Aneignung von "herrenlosem Gut" durch die Kirchen während und nach dem 30-jährigen Krieg.

(5686) **Berlin**. Gegen den erbitterten Widerstand der Kirchen trat am 1. November 2022 eine Neuerung im Personenstandsgesetz in Kraft, das den Eintrag der Religionszugehörigkeit nicht mehr vorsieht. Bisher war dies auf Basis der Freiwilligkeit noch möglich. Die Streichung wurde unter anderem mit einem Mehraufwand für Behörden begründet, sie stellt aber auch einen kleinen Schritt auf dem Weg zu einer klareren Trennung von Staat und Kirche dar, denn eine evtl. Religionszugehörigkeit geht den Staat nichts an.

Der Bundesrat ließ am 7. Oktober ein entsprechendes Gesetz passieren, das z.B. in Österreich schon länger existiert. Der Bundestag hatte es in der Woche zuvor verabschiedet. Es handelt sich im Wesentlichen um die Ausstellung einer Personenstandsurkunde sowie um die Bearbeitung der Anmeldung einer Eheschließung, der Anzeige einer Geburt oder eines Sterbefalls. Neben den Kirchen hatte sich auch die CSU/CDU für eine Beibehaltung der Angaben ausgesprochen. (*KNA*, 7.10.22)

(5687) **Frankfurt**. Das Interesse an religiös ausgerichteten Büchern nimmt immer weiter ab. Dies bestätigte der Geschäftsführer des *Katholische Medienverbands*, dem rund 120 konfessionelle Medienunternehmen, Klosterbuchhandlungen, theologische Fachzeitschriften und christliche Publikumsverlage angehören. Zwischen 2017 und 2021 betrug der kumulierte Rückgang des Umsatzes demnach rund 35 Prozent; im ersten Halbjahr 2022 büßten die betreffenden Warengruppen zusammengenommen abermals 8,9 Prozent an Umsatz ein.

Der Rückgang sei insbesondere bei kirchennahen Themen zu verzeichnen. „Je weniger Relevanz die Kirchen im Leben der Menschen haben, desto weniger

Interesse hat man natürlich an entsprechenden Buchtiteln", sagte Höß. Je „näher an der verfassten Kirche, desto geringer das Interesse". Dies gelte allerdings nicht in gleichem Maße für Titel zu Spiritualität oder der sogenannten Lebenshilfe. Dabei gebe es inzwischen auffallend viele Titel, die sich mit der Krise der Kirche beschäftigten. „Man muss aber so ehrlich sein zuzugeben, dass diese Titel eine eher kleine Zielgruppe sehr kirchennaher Leser haben".

Zur Frage der Präsenz von kirchlichen und religiösen Themen bei der Buchmesse meinte der Geschäftsführer: „Kirche und Religion spielen auf der Messe per se keine Rolle, solange es nicht ein Thema gibt, das von allgemeinem Interesse ist." Er verwies beispielsweise auf ein 2019 gut besuchtes Podiumsgespräch mit Benediktinerpater Anselm Grün und dem wegen Untreue verurteilten früheren Topmanager Thomas Middelhoff. Man müsse also „ein zugkräftiges Thema beziehungsweise eine interessante Person bieten" - und kriminelle Kleriker oder Kirchenrepräsentanten sind offensichtlich immer interessant. (KNA, 6.10.22)

(5688) **Hannover.** Die Grünen verdanken ihr gutes Ergebnis bei den Landtagswahlen in Niedersachsen (14,5 Prozent) vor allem dem konfessionsfreien Drittel der Wählerinnen und Wählern, bei dem sie 21 Prozent der Stimmen holten, während sie bei den katholischen und evangelischen nur 11 bzw. 12 Prozent bekamen. Umgekehrt erfreute sich die CDU zwar einer hohen Zustimmungsrates bei Katholiken (45 Prozent), brach aber insgesamt ein, weil sie bei den Konfessionsfreien nur 19 Prozent bekam. Auch die SPD lag in dieser Gruppe geringfügig unter ihrem Gesamtergebnis (31 bzw. 33,4 Prozent). (Analyse von *Dimap/Infratest*, 9.10.22)

(5689) **Augsburg.** Umfragen in Standes- und Einwohnermeldeämtern lassen den Schluss zu, dass die Zahl der Kirchenaustritte in 2022 trotz teilweiser Einschränkungen bei den Austrittsstellen alle bisherigen Rekorde übertrifft. In der 300.000-Einwohner-Stadt Augsburg, wo es bisher nie 3000 Austritte im Jahr gab, ist heuer mit 4.500 zu rechnen. Der katholische plus evangelische Mitgliederanteil wird von 49 auf 46 Prozent schrumpfen. In München geht er binnen zwölf Monaten von 37,7 auf voraussichtlich 35,4 Prozent zurück. Nicht ganz so hoch wird die Schrumpfung außerhalb Bayerns ausfallen, aber mit einem Gesamtverlust von wiederum über einer Million Kirchenmitgliedern ist auch 2022 zu rechnen. Der Verlust in 2021 lag bei 1,058 Millionen. (Recherchen der *MIZ*-Redaktion)

Großbritannien

(5690) **Belfast.** In Nordirland leben erstmals seit seiner Abtrennung von der Republik Irland im Jahr 1921 mehr Katholiken als Protestanten. Noch auffälliger ist die Zunahme von offiziell religionsfreien Menschen, deren Anteil sich binnen zehn Jahren mehr als verdoppelt hat, nämlich von 3,7 auf 9,3 Prozent.

Laut den jüngsten Volkszählungsdaten sind 45,7 Prozent der Nordiren katholisch und 43,5 Prozent protestantisch, 1,5 Prozent gehören religiösen Minderheiten an. Die Volkszählung von 2011 hatte noch 48 Prozent der Nordiren als protestantisch ausgewiesen, 2001 waren es sogar 53 Prozent. (*The Independent*, 22.9.22)

Anm. *MIZ*-Red.: Der Anteil der Konfessionsfreien mag auf den ersten Blick immer noch gering erscheinen. Religionssoziologen weisen aber darauf hin, dass sich ein erheblicher Teil der jüngeren Generation vom christlichen Glauben abgewandt hat, ohne deshalb formell aus der Kirche auszutreten. Die Notwendigkeit ergibt sich für die meisten nicht, weil eine Kirchensteuerpflicht nicht besteht. Einer nichtstaatlichen Umfrage zufolge bezeichneten sich Mitte 2021 immerhin 27 Prozent der Befragten als nichtreligiös. (vgl. *Humanistischer Pressedienst*, 5.7.21)

Österreich

(5691) **Wien.** Die Anfang 2022 in Österreich eingeführte Legalisierung der Beihilfe zur Selbsttötung unter bestimmten Voraussetzungen wird von der katholischen Kirche noch immer attackiert - allerdings nicht mehr direkt, sondern über ein 1988 von der österreichischen Bischofskonferenz ins Leben gerufenes "Institut" mit der neutral klingenden und den Eindruck von Wissenschaftlichkeit erweckenden Bezeichnung *Institut für Medizinische Anthropologie und Bioethik* (*IMABE*). Nach Recherchen von Wissenschaftsjournalisten dient dieses "Institut" jedoch in Wirklichkeit lediglich religiösen Propagandazwecken.

In einem Interview behauptete die Leiterin von *IMABE* nun pauschal, der Wunsch nach einer Lebensbeendigung sei auf Vereinsamung und den Wunsch nach Vermeidung hoher Gesundheitskosten zurückzuführen. Selbstbestimmung der betroffenen Person oder die Möglichkeit, dass ein langes, nicht mehr behebbares Leiden der Grund für einen Suizidwunsch sein könnte, wurden, wie bei der katholischen Kirche üblich, als Motiv nicht in Betracht gezogen. (*Kronenzeitung*, 4.10.22; *kathpress*, 4.10.22)

Portugal

(5692) **Estoril.** Der prominente Nobelpreisträger und Bischof Ximenes Belo, einstmals päpstlicher Apostolischer Administrator von Dili (Osttimor), wurde erneut des jahrelangen schweren Missbrauchs und der Vergewaltigung von Kindern und Jugendlichen zwischen 1990 und 2002 beschuldigt. Mehrere Personen, die anonym bleiben wollten, hatten dem niederländischen Nachrichtenmagazin *De Groene* von angeblicher sexueller Gewalt durch den heute 74-jährigen Bischof berichtet, als sie noch minderjährig waren. Einer anderen niederländischen Zeitung zufolge wurden die ersten Anschuldigungen gegen den Salesianerbischof bereits im Jahr 2002 erhoben. Im selben Jahr hatte Papst Johannes Paul II. den Rücktritt des Bischofs als Apostolischer Administrator von Dili in Osttimor akzeptiert. Der damals 54-Jährige hatte für sein Rücktrittsgesuch "gesundheitliche Gründe" angeführt, obwohl er als kerngesund galt.

Trotz des ungewöhnlichen Rücktrittsgesuchs sah der Vatikan damals nicht die geringste Veranlassung, den Missbrauchsvorwürfen nachzugehen. Der naheliegende Grund: Belo war weltweit bekannt und geachtet, denn ihm wurde 1996 der Friedensnobelpreis verliehen, weil er während der indonesischen Besatzung (1975-1999) in Osttimor für Selbstbestimmung und - vermeintlich - die uneingeschränkte Achtung der Menschenrechte gekämpft haben soll. Eine öffentliche Distanzierung wäre deshalb für den Heiligen Stuhl mehr als peinlich gewesen.

Wie Vatikansprecher Bruni nun zugab, wurden dem beschuldigten Bischof erst 2020 in aller Heimlichkeit Beschränkungen auferlegt, darunter ein Verbot des Kontakts mit Minderjährigen. Verschärfte Maßnahmen seien im Jahr 2021 erlassen worden - nach Berichten über die anonymen Aussagen von damals minderjährigen Opfern. „In beiden Fällen wurden die Maßnahmen von dem Bischof förmlich angenommen“, so Bruni.

2003 verließ Belo Osttimor in Richtung Portugal. Die portugiesische Salesianer-Provinz erklärte nun, man habe mit „tiefer Traurigkeit und Ratlosigkeit“ von den Nachrichten über Bischof Belo erfahren. Die Verantwortlichen betonten, dass Belo seit seiner Bischofsweihe nicht mehr der Salesianerkongregation unterstehe und ihn die portugiesische Provinz in den vergangenen Jahren „auf Ersuchen seiner hierarchischen Oberen“ (also dem Vatikan!) aufgenommen habe. „Seit er in Portugal

ist, hat er keine erzieherischen oder pastoralen Aufgaben im Dienste unserer Kongregation übernommen", versicherten die Salesianer. Von den nun bekannt gewordenen Missbrauchsanschuldigungen habe die portugiesische Provinz keine Kenntnis gehabt - wohl aber der Vatikan. Aus allen Erklärungen geht hervor, dass gegen Belo weder in Osttimor noch in Portugal noch im Vatikan die seit 2002 dringend gebotenen strafrechtlichen Ermittlungen eingeleitet wurden. (*Vatican News*, 30.9.22; *kathpress*, 30.9.22)

Schweden

(5693) **Stockholm.** Schweden hat einen wesentlichen Schritt auf dem Weg zu einer klaren Trennung von Staat und Kirche vollzogen. Die im Februar 2022 beschlossenen Regeln bei der Neueinrichtung konfessionell geführter Schulen orientieren sich an allgemeinen gesellschaftlichen Normen (z.B. an der Offenheit für alle weltanschauliche Richtungen), die nach Auffassung der katholischen Kirche dem christlichen Glauben widersprechen. Die Nordische Bischofskonferenz (NBK) meint sogar, dass die schwedischen Gesetze die Neuerrichtung konfessioneller Schulen verhinderten und sprechen gar von einem "Verbot" freier Schulen mit religiöser Ausrichtung und von religiösen Freizeitangeboten. Säkulare Kreise sehen jedoch einen Beitrag zu größerer weltanschaulicher Pluralität; religiöse Kreise könnten nun nicht mehr Kinder einseitig indoktrinieren.

In Schweden besucht nur mehr ein Prozent der Schulkinder Privatschulen mit konfessioneller Ausrichtung. In den Niederlanden sind es vergleichsweise 75 Prozent, in Dänemark 25 Prozent. (Mitteilung der NBK, 9.9.22)

Schweiz

(5694) **Vatikanstadt/Luzern.** Der Vatikan, obgleich selbst "mit einem geschätzten Vermögen von 13 Milliarden Franken" schwerreich, will die Kaserne der päpstlichen Schweizergarde auf Kosten anderer renovieren. Zu diesem Zweck ließ der Heilige Stuhl schon 2016 in Solothurn eine Stiftung gründen, die *Stiftung für die Renovation der Kaserne der Päpstlichen Schweizergarde im Vatikan*. Ihr "alleiniges Ziel ist die Erneuerung der Kasernengebäude sowie der übrigen Infrastruktur-Einrichtungen der Garde" und "nach Zweckerfüllung (oder im Fall des Projektabbruchs) wird die Stiftung für die Renovation der Gardekaserne aufgelöst".

Zahlen sollten u.a. die Steuerpflichtigen des Kantons Luzern, dessen Kantonsrat per Dekret 400.000 Schweizer Franken zusicherte. Gegen diese Entscheidung des Rats hat sich allerdings ein breites gesellschaftliches Bündnis gebildet, in dem neben Vertreterinnen und Vertretern fast aller Parteien auch die *Freidenker-Vereinigung der Schweiz (FVS)* aktiv ist. Es rief dazu auf, in einem Referendum gegen die Finanzierung vatikanischer Renovierungspläne aus Steuergeldern zu stimmen. Es sei "nicht einzusehen, wieso Luzerner Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sich an den Infrastrukturkosten des Vatikans beteiligen sollen. Es ist schlicht keine Aufgabe von Bund und Kantonen, für diese Kosten aufzukommen. Auch wenn zahlreiche Gardisten aus dem Kanton Luzern kommen: Sie stehen nicht im Dienst der Schweiz, sondern des Vatikans."

Bereits nach der Hälfte der gesetzlichen Sammelfrist für die Zulassung der Volksabstimmung zeichnete sich eine bemerkenswerte Zustimmung der Bevölkerung ab: Das Luzerner Bündnis erhielt fast dreimal so viele Unterschriften wie nötig. Die Volksabstimmung geriet schließlich zu einem der größten Debakel der Schweizer katholischen Kirche. Eine Mehrheit von 71,5 Prozent lehnte eine finanzielle Beteiligung des Kantons ab - bei einer ungewöhnlich hohen Teilnahmequote von 55,9 Prozent.

Ein Sprecher des Bistums Basel äußerte sich enttäuscht. „Wir bedauern das Abstimmungsergebnis. Es ist Ausdruck einer immer größeren kulturellen Vielfalt und der damit einhergehenden Privatisierung des Religiösen.“ Zur allgemeinen Verblüffung teilte er anschließend mit, die geschätzten Baukosten von 45 Millionen Schweizer Franken seien schon fast ganz durch Spenden gedeckt. Auch selbstkritische Töne kamen aus religiösen Kreisen, z.B. „dass der Vatikan genügend Geld hat und das selbst zahlen kann“. Ein Kirchenratsmitglied meinte: „Gerade das sehr deutliche Nein in der katholisch geprägten Landschaft zeigt, dass die Bevölkerung möchte, dass Steuergelder da eingesetzt werden, wo sie dringend benötigt werden, nämlich zur Linderung von sozialen Nöten bei den weniger gut gestellten Mitmenschen“. Der Luzerner Kapuzinerpater Anderau brachte es so auf den Punkt: „Die Katholiken sind inzwischen eine Minderheit. Deshalb kann zurecht die Frage gestellt werden, ob in einer säkularen Gesellschaft die gesamte Bevölkerung zur finanziellen Unterstützung des Kasernenneubaus der Schweizergarde beigezogen werden soll.“ (*Humanistischer Pressedienst*, 30.8.22; *Luzerner Zeitung*, 25.9.22; *kath.ch*, 26.9.22)

(5695) **Lausanne.** Nur noch zwei Drittel der Schweizer Bevölkerung fühlen sich einer Religionsgemeinschaft zugehörig. Das geht aus der aktuellen Studie "Religionstrends in der Schweiz" hervor, die das katholische *Pastoralsoziologische Institut (SPI)* in Zusammenarbeit mit Experten der Universitäten Lausanne und Luzern erarbeitet hat.

Aus den Ergebnissen geht nach Angaben der Autoren hervor, dass die kirchliche Religiosität seit Jahrzehnten abnehme. Jede Generation sei etwas weniger religiös als die vorangegangene. Das Vertrauen in die Kirchen sinke, während die Austrittsneigung steige. Die Mitgliederbindung der Gläubigen an ihre Kirchen werde insgesamt schwächer, aber ebenso die Religiosität außerhalb der Kirchen. Der Begriff "religiös" sei heute in der Schweiz deutlich negativer besetzt als je zuvor. Immer stärker werde auch eine betont nichtreligiöse Einstellung innerfamiliär weitergegeben. Die schweizerischen Religionstrends spiegeln sich in parteipolitischen Präferenzen der Bevölkerung und in der Anpassung der politischen Parteien an den Trend. (Pressemitteilung des *SPI*, 7.9.22)

Ungarn

(5696) **Budapest.** Auf Antrag der neu ins Parlament eingezogenen rechtsextremen Partei Mi Hazánk (Unsere Heimat) wird der Druck auf abtreibungswillige Frauen erhöht, indem sie sich zuvor die Herztöne ihres Fötus anhören müssen. Die Regierungspartei Fidesz, die schon länger für eine Rückkehr zu christlichen Werten kämpft, übernahm den Vorschlag sofort ohne jede Anhörung von Fachleuten. Sie behauptete, auch der nationale Hebammenverband stimme dafür. Dieser existiert jedoch seit 2017 gar nicht mehr; die ehemalige Präsidentin erklärte, selbst wenn er noch bestünde, würde er nicht für diese Verschärfung plädieren. In Ungarn gilt immer noch eine zwölfwöchige Fristenlösung. (*Süddeutsche Zeitung*, 17.9.22)

Vatikan

(5697) **Vatikanstadt.** Kurt Koch, ehemaliger Bischof von Basel und inzwischen zum Kurienkardinal aufgestiegen, hat die Demokratisierungsversuche in der deutschen katholischen Kirche ("Synodaler Weg") mit der Anpassung der "Deutschen Christen" an den nationalsozialistischen Zeitgeist verglichen. Beides sei eine Abweichung von der Linie der katholischen Kirche.

Für diese politische Einschätzung erntete er nicht nur von deutschen katholischen Gremien und sogar Bischöfen Widerspruch, sondern auch von Kommunen und nichtreligiösen Einrichtungen, die ihn teilweise von Veranstaltungen ausluden. Nicht kritisiert wurde er jedoch, soweit offiziell bekannt, von vatikanischen Stellen, die ihn vereinzelt sogar verteidigten. (*Neue Zürcher Zeitung*, 30.9.22; *Vatican News*, 1.10.22)

Nordamerika

Kanada

(5698) **Toronto**. Immer mehr Kanadier nehmen die offiziell anerkannte "ärztliche Hilfe beim Sterben" ("*aide médicale à mourir*") in Anspruch. Dies ergab der Jahresbericht der kanadischen Bundesregierung für 2021.

Demnach sind in Kanada 10.064 Personen durch die (u.a. auch in Deutschland zulässige) Beihilfe zum Suizid gestorben. Das entspricht einer Zunahme von 32 Prozent gegenüber 2020 und macht nun immerhin 3,3 Prozent aller Todesfälle aus. In bestimmten, eher städtischen Provinzen wie in Québec (4,7%) und in British Columbia (4,8%) ist der Anteil sogar noch höher.

Fachleute stellten fest, dass die Nachfrage nach ärztlich assistiertem Suizid bemerkenswert schnell anstieg. Dem Bericht zufolge wurden 81 Prozent der Gesuche akzeptiert, 13 Prozent verstarben vor der Ausführung des Suizids und nur zwei Prozent zogen ihren Antrag wieder zurück. (*Le Journal de Québec*, 13.8.22)

Vereinigte Staaten

(5699) **Washington**. Nach einer Umfrage des unabhängigen *Gallup*-Instituts halten neuerdings 52 Prozent der erwachsenen US-Einwohner Schwangerschaftsabbrüche für grundsätzlich "moralisch akzeptabel". Nur 38 Prozent bewerten sie als "moralisch falsch". Eine solche Mehrheit gab es zuletzt vor 25 Jahren, und auch damals fiel sie nicht derart klar aus. (Informationsbrief der Bekenntnisbewegung *Kein anderes Evangelium*, September 2022)

(5700) **Utah County**. Ausgerechnet im Bezirk Utah County, wo die konservativen Mormonen mit 72 Prozent die Einwohnermehrheit stellen, ist die Online-Heirat seit kurzem erlaubt. Vor Ort muss nur eine Person sein, der oder die Standesbeamte. Unterschrieben wird per elektronischer Signatur, welche Staatsbürgerschaft das Paar hat, spielt keine Rolle.

Das Motiv der Mormonen war, die Heirat so einfach wie möglich zu machen. Dies nutzen nun vor allem queere Paare aus Staaten wie Israel oder China, denn fast alle Staaten erkennen Ehen aus anderen Ländern an, egal wie sie geschlossen wurden. (*Süddeutsche Zeitung*, 5.10.22)

Anm. *MIZ*-Red.: Wenn die Einführung der elektronisch geschlossenen Ehe dem Ziel dient, das Heiraten einfacher zu machen, darf daraus umgekehrt geschlossen werden, dass die Ablehnung des elektronischen Kirchenaustritts in Deutschland (der organisatorisch ja viel einfacher und in Norwegen seit 2016 auch bewährte Realität ist) dem genau entgegengesetzten Ziel dient.

(5701) **Dallas/Eichstätt**. Die Diözese Eichstätt hat für ihren Ausflug in die Immobilienspekulationsszene von Texas und Florida teuer bezahlt. Nach einem komplizierten Vergleichsverfahren mit dubiosen Projektentwicklern vor einem Gericht in Dallas soll sie nun zwar weitere 18 Millionen Dollar zurückerhalten, doch bleibt sie

auf einem Gesamtschaden von gut 25 Millionen Dollar sitzen, für den sie von Kirchensteuerzahlern und Sozialethikern heftig kritisiert wurde. (*Vatican News*, 14.10.22; Pressemitteilung der Diözese Eichstätt, 13.10.22)

Lateinamerika

Brasilien

(5702) **Belem**. Brasiliens katholische Bischofskonferenz hat sich in einem offenen Brief gegen den Missbrauch von Glaube und Religion im Präsidentschafts-Wahlkampf gewandt und sprach sogar von "religiöser Manipulation". Da sich der linke Kandidat Lula offen für eine Trennung von Religion und Politik ausgesprochen hatte, konnte nur Präsident Jair Messias Bolsonaro gemeint sein. Dieser hatte zuvor an der traditionellen Prozession der Statue "Unserer lieben Frau von Nazareth" in Belém teilgenommen. Dabei hatte der dortige Erzbischof, Taveira Corrêa, öffentlich erklärt, der Präsident sei nicht zu den Prozessionen eingeladen. Bolsonaro war dennoch erschienen und nutzte seinen Aufenthalt für Wahlwerbung. In seinen sozialen Netzwerken stellte er die Flussprozession in Belém als Kundgebung seiner Anhänger dar. An den mehrtägigen Feierlichkeiten nahmen rund 2,5 Millionen Menschen teil.

Bolsonaro ist Katholik, hatte sich aber 2016 von einem evangelikalen Prediger im Jordan taufen lassen. Seitdem besucht er regelmäßig evangelikale Gottesdienste. Zudem gehören die Gründer der größten Pfingstkirchen Brasiliens zu seinen engsten politischen Verbündeten. Sein Verhältnis zur katholischen Kirche ist dagegen unterkühlt. Bei katholischen Wählern lag sein Herausforderer Lula deutlich vor Bolsonaro. Daher wollte Bolsonaro eine Offensive bei Katholiken starten. Dazu gehört auch sein Besuch des Wallfahrtsortes Aparecida, wo an diesem Mittwoch Brasiliens Nationalpatronin gedacht wird: Die Statue der „Schwarzen Madonna von Aparecida“ wurde 1717 in einem Fluss gefunden. Auch der Erzbischof von São Paulo, Kardinal Scherer, reagierte in einem Interview der Zeitung *Folha de S. Paulo* auf Bolsonaros angekündigte Teilnahme ungehalten und verurteilte die „politische Instrumentalisierung des Glaubens“.

Letztlich nützte Bolsonaro der ganze Aufwand nichts. Er erhielt bei der Stichwahl nur 49,1 Prozent der Stimmen und musste sich Lula knapp geschlagen geben. (*KNA*, 12.10.22; *Tagesschau*, 31.10.22)

Mexiko

(5703) **Mexico-City**. Kardinal Rivera Carrera, Ex-Erzbischof von Mexiko-Stadt und Mitglied des Wirtschaftsrates des Heiligen Stuhls, wird laut Informationen von *Univisión Investiga* beschuldigt, dem Geschäftsmann Fernando Peyro geholfen zu haben, gegen den in den Vereinigten Staaten wegen Geldwäsche ermittelt wird. Der Kardinal bestritt, mit kriminellen Geschäften von Peyro direkt befasst gewesen zu sein, räumte aber ein, dass "ich Herrn Fernando seit einiger Zeit kenne, aber es ist schon einige Zeit her, dass ich persönlich mit ihm zu tun hatte". Peyro sprach hingegen von einer jahrelangen "engen Beziehung zum Kardinal" und bezeichnete ihn als seinen Chef und Mentor. (*Univision Investiga*, 13.8.22; *Reforma* [mexik. Tageszeitung], 17.8.22)

Asien

Irak

(5704) **Bagdad.** Der schiitische Prediger Muktada al-Sadr wird immer mehr zur bestimmenden politischen und religiösen Figur im Irak. Schon aus der Parlamentswahl im Oktober 2021 ging seine Bewegung als stärkste Kraft hervor, doch gelang ihr keine Regierungsbildung. Im folgenden monatelangen Machtkampf mit schiitischen Konkurrenten wurden seine Anhänger immer gewalttätiger, folgten aber Ende August der ultimativen Aufforderung ihres Führers, sich zurückzunehmen und auf einen friedlichen Protest zu beschränken, was al-Sadr auch Anerkennung bei der geschäftsführenden Regierung einbrachte. Beobachter sehen darin die Strategie sich als integrierende, allgemein anerkannte Kraft im Irak zu profilieren. Da 60 Prozent der Iraker den Schiiten zuzurechnen sind, wird von al-Sadr langfristig eine Führungsrolle erwartet. Wie er mit anderen religiösen Gruppen (also Sunniten, Jeziden und Christen) umgeht, ist allerdings noch unklar. (*Augsburger Allgemeine*, 31.8.22)

Iran

(5705) **Teheran.** Die seit Wochen anhaltenden landesweiten Proteste wegen des brutalen Vorgehens der staatlichen Religionspolizei gegen Mahsa Amini (angeblich wegen eines verrutschten Kopftuchs) haben sich zunächst zu einem feministischen Protest und inzwischen zu einem Aufstand gegen die religiöse Indoktrinierung durch die Mullahs ausgeweitet. Vor allem die jüngere Generation fordert Religionsfreiheit und bringt die älteren religiösen Führer in Bedrängnis. Der Ausgang der Kraftprobe ist zunächst ungewiss und völlig offen, zumal über 90 Prozent der iranischen Bevölkerung erst nach dem Tod von Khomeini geboren sind. (u.a. *Der Spiegel*, 8.10.22)

Anm. *MIZ*-Red.: Wegen der umfangreichen Berichterstattung wird hier auf Details verzichtet, doch will die Redaktion dieses weltweit zurzeit wichtigste weltanschauliche Spannungsfeld nicht unerwähnt lassen.

Kasachstan

(5706) **Astana.** Der einheimische Erzbischof Peta räumte zu Beginn des "Kongresses der Führer der weltweiten und traditionellen Religionen" ein, dass die Kosten und der Aufwand Anlass zur Kritik geben könnten. „Aber ich kann ganz einfach antworten: Ein Kongress kostet Arbeit und Geld, aber zwei Minuten Krieg zwischen zwei Ländern kosten mehr." Rund 100 Delegationen aus etwa 50 Staaten nahmen teil.

Die katholische Kirche hat diese interreligiöse Konferenz in der Hauptstadt Nur-Sultan (jetzt wieder Astana) zu einem Ausbau ihres Einflusses in der Region genutzt. Kasachstan und der Heilige Stuhl schlossen in Anwesenheit des Papstes ein bilaterales Abkommen, das die Missionsarbeit der Kirche erleichtern soll. Der kasachische Diktator verspricht sich dadurch mehr internationale Anerkennung, der Vatikan mehr Einfluss. Im mehrheitlich islamisch geprägten Kasachstan sind etwa ein Prozent der Bevölkerung katholisch. (*KNA*, 13. u. 14.9.22)

Philippinen

(5707) **Manila.** Der Verlust an moralischer Autorität hat den kirchlichen Schulen in den traditionell katholischen Philippinen schwer zugesetzt. In den vergangenen zwei Jahren haben sich nach Angaben katholischer Experten auffallend viele Schüler für

einen Wechsel von einer katholischen Privatschule an öffentliche Schulen entschieden. Die Abwanderungswelle führte zu Einnahmeausfällen, wegen denen rund 750 katholische Einrichtungen geschlossen wurden. Wieweit hier auch der nachlassende Glauben in der jungen Generation eine Rolle spielte, wurde nicht explizit angegeben. (*asianews*, 23.8.22)

Singapur

(5708) **Singapur-City**. Der Anti-Homosexuellen-Paragraf 377a aus der britischen Kolonialzeit soll endlich abgeschafft werden. Er hatte seit den 1930er Jahren Gefängnisstrafen für einvernehmlichen Geschlechtsverkehr unter Männern vorgeschrieben. In der Praxis kam er bereits seit einigen Jahren nicht mehr zur Anwendung.

Zugleich will die Regierung allerdings die Ehe als Verbindung von einem Mann und einer Frau gesetzlich festschreiben. Das katholische Erzbistum Singapur zeigte sich damit allerdings nicht zufrieden. Es forderte, die Verfassungsänderung zum Schutz der Ehe müsse vorrangig verabschiedet werden. „Andernfalls werden wir einen schlüpfrigen Weg ohne Wiederkehr einschlagen und das Gefüge einer starken Gesellschaft schwächen“, so das Erzbistum in einer Erklärung. Zur Aufhebung der Strafbarkeit von Homosexualität zeigten sich die Katholiken reserviert. Hingegen kritisierten homosexuelle Männer, dass die Diskriminierung von Schwulen andauere, weil sie nicht heiraten dürften. (*Der Spiegel*, 22.8.22; *KNA*, 24.8.22)

Türkei

(5709) **Istanbul**. Die Umwandlung von einem Museum in eine Moschee vor zwei Jahren hat der Hagia Sophia schwer geschadet. Seither streiften 6,5 Millionen Betende ihre Schuhe ab und sorgten dafür, dass Böden und Wände des Kulturdenkmals u.a. durch die Ausdünstungen regelrecht versifften und die Säulen sogar Risse bekamen. Architekten, Kunsthistoriker und auch Theologen kritisieren die Inkompetenz der verantwortlichen Staatsbeamten, die offenbar keinen Plan haben, wie sie das Denkmal erhalten sollen. (*Süddeutsche Zeitung*, 15.9.22)

Ozeanien

Australien

(5710) **Melbourne**. Das oberste Gericht des Bundesstaates Victoria hat in einem richtungsweisenden Urteil den Weg für Schadenersatzklagen von Missbrauchsoffern gegen die Kirche freigemacht.

Die katholische Kirche könne sich damit laut australischen Medien nicht mehr auf die bisher erfolgreiche Verteidigungsstrategie stützen, dass die Kirche keine eigenständige Rechtsperson sei und somit nicht verklagt werden könne.

Anwälte von Betroffenen kommentierten das neue Urteil als „Präzedenzfall“, das den Weg ebne für viele weitere Klagen. In Australien waren die Erzdiözese Melbourne und die Diözese Ballarat Epizentren des kirchlichen Missbrauchsskandals. (*KNA*, 26.8.22)